https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/2579

Gen-ethischer Informationsdienst

Gesellschaftliche Intervention oder Elfenbeinturm?

Einführung

AutorIn
GID-Redaktion

Die politisch engagierten (angehenden) SozialwissenschaftlerInnen, die sich in K-Gruppen organisieren, in Fabriken Arbeiter agitieren, und auf den Straßen Mutlangens, Wyhls und Wackersdorf gegen Atomenergie und für militärische Abrüstung protestieren - dieses Bild aus den sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre sei Vergangenheit, sagt der Politikwissenschaftler Franz Walter. In gegenwärtigen Protestbewegungen geben nicht mehr SoziologInnen, SozialkundelehrerInnen und PhilosophInnen den Ton an, sondern IngenieurInnen, InformatikerInnern und BiologInnen. Dies zumindest ist das Ergebnis einer Studie, die der Leiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung mit seinem Team im vergangenen Jahr durchführte.1 Diese ernüchternde These nehmen wir zum Anlass zu fragen, wo die Wechselwirkung zwischen kritischer Sozialwissenschaft und gentechnikkritischer Bewegung geblieben ist. Zur Einführung berichtet **Anne Bundschuh** von einer Tagung, die WissenschaftlerInnen mit Aktiven der gentechnikkritischen Bewegung zusammenbringen wollte. Was bringt der Dialog zwischen Wissenschaft und (politischer) Praxis, wie ergiebig ist er für die Beteiligten? Daran anschließend lassen wir vier Leser des GID zu Wort kommen: In kurzen **Statements** beschreiben langjährige Aktivisten und kritische Wissenschaftler ihr Verhältnis zur jeweils anderen ‚Seite'. Die Bandbreite der Einschätzungen ist überraschend: sie reicht von der positiven Bewertung der Forschung als „hilfreiche Kritik" bis zur Diagnose eines „Systemversagens der Sozialwissenschaften".

Meinungsforschung

Ein Instrument der Sozialwissenschaften ist die empirische Sozialforschung. Diese scheint den Gentechnikkritikern argumentative Munition zu liefern; zeigt sich doch bei Meinungsumfragen regelmäßig, dass die Agro-Gentechnik bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung stößt. **Birgit Peuker** hat sich verschiedene Meinungsumfragen angesehen, die die Einstellungen zur Agro-Gentechnik untersuchen, und wirft einen kritischen Blick auf die Verwendung der Ergebnisse in politischen Debatten sowie auf die blinden Flecken der empirischen Sozialforschung.

Wissensbedingungen

Der Politikwissenschaftler **Thomas Lemke** legt im Interview dar, warum eine fundierte Kritik an neuen Technologien nicht nur auf (bio)ethische, sondern auch auf sozialwissenschaftliche Forschung gegründet sein muss. Deren Beitrag sieht er unter anderem in einer tiefbohrenden Analyse der Entstehungs- und Aneignungsbedingungen biowissenschaftlichen Wissens. Ganz in diesem Sinne zeigt **Sabine Könninger**, dass eine Untersuchung der Regeln, wie heute politische Technologiekritik in „ethische“ Debatten integriert wird, hilfreich sein kann, um die Bedingungen von Protest zu verstehen. Ihre Diagnose anhand des Beispiels Nanotechnologiedebatte in Frankreich: Innerhalb des „ethischen Rahmens“ können gesellschaftliche Konflikte nicht zugespitzt werden, sondern versanden als Frage flexibler, tendenziell beliebiger, individueller Werte.

Partizipation

Sabine Schaper-Rinkel hinterfragt die problematische Rolle von Sozialwissenschaften, wenn sie sich ins Getümmel der inzwischen „partizipativ“ gestalteten Diskussion zu Zukunftstechnologien stürzen. Indem sie sich daran beteiligen, über mögliche zukünftige Innovationen spekulativ zu forschen, machen sie auch dabei mit, diese Technologien bereits als feststehende Zukunft vorauszusetzen. Partizipation sei insofern Partizipation an „Wahrheitsproduktion“. Kritik muss genau hier ansetzen, so ihre Forderung.

- 1Franz Walter u.a. (Hrsg.) (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Rowohlt. Die Studie wurde von BP finanziert. Untersucht wurden unter anderem die Anti-Atomkraft- und die Occupy-Bewegung sowie Initiativen gegen Infrastrukturprojekte; die gentechnikkritische Bewegung war nicht Gegenstand der Forschung.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 218 vom Juni 2013
Seite 6